

Stand: 04.02.2026 08:57:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3691

"Direkte Demokratie und Waldschutz statt Flächenfraß der Windlobby!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3691 vom 22.10.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4193 des WI vom 07.11.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 36 vom 10.12.2024
4. Beschluss des Plenums 19/4779 vom 04.02.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 04.02.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

Direkte Demokratie und Waldschutz statt Flächenfraß der Windlobby!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Windenergie aufgrund ihres großen Flächen- und Resourcenbedarfs, ihrer Ineffizienz und wetterbedingten Volatilität, ihrer hohen Kosten und ihrer negativen Auswirkungen auf die Umwelt, statt ihrer jetzigen zentralen nur eine zusätzliche Rolle in der bayerischen Energiepolitik einnehmen muss.

Der Landtag stellt fest, dass der Ausbau der Windenergie in Bayern ausschließlich ohne staatliche Erfüllungsquoten, ausschließlich ohne Waldrodungen und nur im Einvernehmen der betroffenen Anwohner sowie ausschließlich basierend auf den Prinzipien der Freiwilligkeit, der Marktkräfte, des Schutzes von Mensch und Natur erfolgen darf.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Wind-an-Land-Gesetzes, des Windenergieländerbedarfsgesetzes und der entsprechenden Passagen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einzusetzen.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, den Bau von Windkraftanlagen in (Staats-)Forsten und Wäldern zu verbieten und bei Windkraftprojekten allen betroffenen Gemeinden das Recht auf richtungsweisende Bürgerentscheide zu garantieren. Hierzu soll die Staatsregierung die entsprechenden Passagen des Bayerischen Landesentwicklungsprogramms ändern, die 10H-Regel in vollem Umfang wieder einführen, die Bayerischen Staatsforsten entsprechend verpflichten (Kommunalklausel) und ggf. die Bayerische Gemeindeordnung ändern.

Begründung:

Die vorherige CSU/CDU-geführte Bundesregierung hat den Ausstieg aus der Kern- und Kohlekraft beschlossen. Die jetzige Ampel-Regierung beschleunigt den Ausstieg aus Erdgas als „Brückentechnologie“. Beide unterstützen die künstliche, politisch gewollte Verteuerung der fossilen Energieträger durch den EU-Emissionshandel.

Dieser von oben aufgetriebene Ausstieg aus einem effizienten, günstigen, sauberen, grundlastfähigen und regelbaren Energiesystem, das von deutschen Nachkriegsgenerationen erfolgreich aufgebaut wurde, führt unweigerlich bis 2030 zu einer sich vergrößernden Kapazitätslücke von über 7 GW in Bayern und 30 GW bundesweit.

Um diese Kapazitätslücke zu schließen, plädieren die Anhänger der „grünen“ Energiewende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis CSU und FREIEN WÄHLERN für den drastischen, staatlich erzwungenen Ausbau der Windkraft. Laut Bundesregierung soll bis 2030 eine Leistung von mindestens 115 GW bei Windenergie an Land und 30 GW bei Windenergie auf See erreicht werden.

Im Jahr 2022 produzierten die bayerischen Windindustrieanlagen nur an 21 Prozent des Jahres Strom. Da die volatile und wetterabhängige Windkraft im Vergleich zu Kernkraftwerken 3 000-mal ineffizienter ist, hat sie einen 1 000-fachen Flächenbedarf. (Im Jahr 2022 erzeugte das einzige Kernkraftwerk Isar II mit 73 Hektar Fläche 12,3 TWh

Strom, während 1 143 Windkraftanlagen mit 28 217 Hektar Fläche nur 4,6 TWh produzierten.) Deshalb kommt der Ausbau der Windkraft aus folgenden Gründen nur schleppend voran:

In einem so dicht besiedelten Industriestaat wie Deutschland ist Fläche generell begrenzt und Windkraft steht somit in einer stärkeren Konkurrenz zu anderen potenziellen Flächennutzungszielen.

Viele Bürger vor Ort wollen aus gesundheitlichen, ökologischen, touristischen und ästhetischen Gründen zurecht keine Windindustrieanlagen „in ihrem Hinterhof“.

Je mehr die Apologeten der Energiewende den Ausbau der Windkraft forcieren, desto mehr wird dieser Bürgerwiderstand deutlich.

Anstatt den Bürgerwillen demokratisch zu akzeptieren, die Nachteile der Windkraft anzuerkennen und damit logischerweise den (Un-)Sinn der gesamten Energiewende zu überdenken, haben die Bundesregierung und die Staatsregierung als Reaktion auf diesen Widerstand und auf die o. g. Notwendigkeit, die Kapazitätsschlüsse „irgendwie“ zu schließen, Gesetze und Maßnahmen verabschiedet, um den Ausbau der Windkraft gegen den demokratischen Willen der Bürger, gegen die physikalischen Realitäten, gegen volks- und betriebswirtschaftlichen Verstand und mit Inkaufnahme der offensichtlichen negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Natur durchzusetzen.

So hat die Bundesregierung zu diesem Zweck mit dem sogenannten Osterpaket den Ausbau der Windenergie zu einer Angelegenheit von angeblich „überragenden öffentlichen Interesse“ und der „öffentlichen Sicherheit“ verklärt und zwingt mit dem Windenergieländerbedarfsgesetz den Freistaat, 1,8 Prozent seiner Landesfläche bis Ende 2032 für Windindustrieanlagen bereitzustellen. Das entspricht der Gesamtfläche des Landkreises Bayreuth. Sollte dieser Zwang nicht eingehalten werden, würde der Bund eigenmächtig Windvorranggebiete in den bayerischen Kommunen bestimmen.

Aus diesem Grund

- wurden in Bayern bereits knapp 200 Fußballfelder an Waldfäche für Windindustrieanlagen gerodet,
- haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder (CSU) und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) im Jahr 2022 die 10H-Regel für Windindustrieanlagen drastisch aufgeweitet,
- hat Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) im Juni 2024 das Veto-Recht für kommunale Bürgerbegehren gegen Windparks in Staatsforsten (Kommunalklausel) abgeschafft.

Neben dem Flächenfraß hat der drastische Ausbau der Windkraft auch weitere Nachteile, die zum Umdenken in der nationalen und bayerischen Energiepolitik führen müssen:

Für 1 GW installierte Leistung benötigt Windkraft über 300 kg strategischer Metalle, hauptsächlich Kupfer, Chrom, Mangan und Nickel. Kernkraft benötigt nur die Hälfte, hauptsächlich Uran. Das Fundament einer durchschnittlichen Windkraftanlage erfordert etwa 1 600 Tonnen Beton. In der Regel verbleiben diese Fundamente nach dem Ende der Betriebszeit im Boden, da die Entfernung aufgrund hoher Kosten und technischer Schwierigkeiten meist unterbleibt.

Pro Jahr tötet eine Windindustrieanlage im Durchschnitt über 20 Vögel und 40 Mio. Insekten. Windindustrieanlagen können durch Infraschall, Schattenwurf und Vibrationen zu Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Atemnot, Depressionen und Übelkeit bei Menschen führen.

Die durchschnittlichen Stromgestehungskosten für Wind-an-Land liegen bei 6,1 Cent/kWh, die steuerfinanzierte EEG-Vergütung (EEG = Erneuerbare Energien Gesetz) sogar bei 7,3 Cent/kWh. Die Stromgestehungskosten von reaktivierten Kernkraftwerken liegen bei nur 3 Cent/kWh, von Erdgas bei 4-5 Cent/kWh (ohne CO₂-Bepreisung und mit Lieferverträgen, wie sie bis 2022 üblich waren). Die Produktion von „grünem Wasserstoff“ an bayerischen Windparks würde 45 Cent/kWh kosten und würde im Verkehrseinsatz einen Wirkungsgrad von nur 15 Prozent haben. Die Gesamtkosten für die

Energiewende werden auf 280 bis 385 Mrd. Euro bis 2030 geschätzt, was ca. 6.600 bis 9.100 Euro pro Durchschnittshaushalt entspricht.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Drs. 19/3691

Direkte Demokratie und Waldschutz statt Flächenfraß der Windlobby!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Rainer Ludwig**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 7. November 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Auch das sind offensichtlich alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Die gibt es nicht. Stimmenthaltungen? – Die gibt es auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 4 und 5 wieder zwei Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie daher, Ihre Stimmkartentasche – soweit noch nicht geschehen – rechtzeitig aus Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal abzuholen.

Nachdem der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung eine Verkürzung bei der Dauer der Wahlgänge beschlossen hat, beträgt die Abstimmzeit für die Wahl bei Tagesordnungspunkt 4 heute vier Minuten und die Abstimmzeit für die Wahl bei Tagesordnungspunkt 5 zwei Minuten. Ich bitte Sie, das bei Ihrer Disposition entsprechend zu berücksichtigen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gürseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen verbessern
Drs. 19/3476, 19/4181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

2. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Martin Huber u.a. und Fraktion (AfD)
Natur, Mensch und Umwelt vor ungebremstem Solaranbau schützen
Drs. 19/3490, 19/4183 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

3. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes,
Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Grundlagen der Nahrungsmittelproduktion erhalten: Nur noch
Agri-Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen zulassen
Drs. 19/3511, 19/4184 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag: Zwischenbilanz ESF+-Förderung in Bayern
Drs. 19/3568, 19/4182 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel,
Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbreitung des Japankäfers
Drs. 19/3575, 19/4185 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner,
Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Verbreitung der Droge Captagon (Fenetyllin) aufklären und bekämpfen!
Drs. 19/3612, 19/4152 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weniger Bürokratie, mehr Zeit fürs Ehrenamt:
Vereinspauschale digital abwickeln
Drs. 19/3663, 19/4153 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kita-Rettungsschirm für Bayern – Kinder, Eltern, Träger und Kommunen nicht länger im Regen stehen lassen
Drs. 19/3664, 19/4178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Hemmschuhe für EE-Anlagenbetreiber beseitigen – Netzanschlüsse und Zahlungen beschleunigen, entgangenen Eigenverbrauch entschädigen!
Drs. 19/3677, 19/4190 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflicht zur Vorlage von Jagdtrophäen abschaffen
Drs. 19/3678, 19/4192 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für Klimaschutz und Humusaufbau – erfolgreiche Maßnahme im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm weiterhin fördern
Drs. 19/3689, 19/4186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Direkte Demokratie und Waldschutz statt Flächenfraß der Windlobby!
Drs. 19/3691, 19/4193 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bewirtschaftung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen in Kirchenbesitz offenlegen!
Drs. 19/3721, 19/4187 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Zukunft des FAU-Campus am Nürnberger Schöller-Areal nach Pleite der Projektgesellschaft
Drs. 19/3722, 19/4179 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Anna Rasehorn u.a. SPD Wie heizt Bayern in Zukunft sauber und bezahlbar?
Drs. 19/3725, 19/4267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Integration des Deutschland-Tickets in Juleica
Drs. 19/3749, 19/4180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD) Rundfunkbeitragspflicht: Menschen mit Grad der Behinderung von 100 Prozent generell von der Zahlungspflicht befreien!
Drs. 19/3753, 19/4188 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Katja Weitzel, Christiane Feichtmeier u.a. SPD
Schwere Misshandlungen von Gefangenen in der JVA Augsburg-Gablingen?
Drs. 19/3787, 19/3912 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Misshandlungen in bayerischen Gefängnissen lückenlos aufklären!
Drs. 19/3790, 19/3913 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vollumfängliche Aufklärung der Vorwürfe bezüglich der Vorkommnisse in der JVA Augsburg-Gablingen
Drs. 19/3813, 19/3914 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/3691, 19/4193

Direkte Demokratie und Waldschutz statt Flächenfraß der Windlobby!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Johannes Meier

Abg. Martin Mittag

Abg. Laura Weber

Abg. Martin Huber

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Christiane Feichtmeier

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Direkte Demokratie und Waldschutz statt Flächenfraß der Windlobby!
(Drs. 19/3691)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Johannes Meier für die AfD-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Meier (AfD): Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir bringen heute unseren Antrag "Direkte Demokratie und Waldschutz statt Flächenfraß der Windlobby!" ein. Warum machen wir das? – Wir machen das, weil der einseitig forcierte Ausbau der Windkraft massive Nachteile für Bayerns Bürger, Bayerns Umwelt und auch für die bayerische Wirtschaft hat. Die schwarz-orange und hier in Teilen leider auch schon grüne Koalition ignoriert nicht nur den Willen der Menschen, sondern sie hat sich beim Thema Windkraft total verrannt.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Aber eines möchte ich klarstellen: Wir als AfD sind nicht gegen Windkraft. Aber wir sind gegen eines: Wir sind gegen Planwirtschaft, gegen Zwang und gegen eine Energiepolitik, die unsere Landschaft zerstört, die ineffizient ist und den Steuerzahler am Ende Milliarden von Euro kostet.

(Beifall bei der AfD)

Die Forderungen unseres Antrags sind daher wie folgt: Erstens. Wir möchten, dass Windenergie nur als Ergänzung eingesetzt wird und nicht die Hauptenergiequelle ist.

Bayern ist generell ein windarmes Land. Das dürfte allen hier, auch den Hardcore-Windkraftverfechtern, bekannt sein. Selbst die nördlichsten Regionen in Deutschland liefern nur in einem Drittel des Jahres überhaupt Strom.

Zweitens. Wir möchten keinen Windkraftausbau ohne den Schutz unserer Wälder. Der Bau von Windrädern in Staats- und Gemeindewäldern muss verboten werden. In den letzten zehn Jahren fiel hier viel zu viel Waldfläche der Windkraft zum Opfer. Wir möchten auch die Bürgerentscheide zurück. Die Staatsregierung setzt den Willen der Menschen schlachtweg außer Kraft. Mit der Abschaffung des Vetorechtes der Kommunen durch Aiwanger im Juli 2024 wird den Gemeinden die Entscheidungsfreiheit genommen. Das muss sofort rückgängig gemacht werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir möchten ebenso einen Schluss mit den bundesweiten Zwangsgesetzen. Mit dem Wind-an-Land-Gesetz oder dem Windenergieflächenbedarfsgesetz diktieren Bayern quasi, wie viel Fläche für Windkraft genutzt werden soll. Diese Bevormundung lehnen wir ab. Ich habe es eingangs erwähnt: Auch die Fakten sprechen schlachtweg für sich. Wir haben hohe Kosten, wir haben eine geringe Effizienz. Strom aus Windkraft kostet 6,1 Cent pro Kilowattstunde, während Erdgas ohne CO₂-Abgabe nur 5 Cent kostet.

(Florian von Brunn (SPD): Quatsch, was Sie sagen!)

Die ach so verhasste Kernkraft kostet nur 3 Cent.

(Florian von Brunn (SPD): Quatsch!)

Wir haben zudem explodierende Netzengpasskosten. Von 2013 bis 2023 sind diese um das 22-fache gestiegen. Bis 2026 erreichen sie einen Höchststand von 6,5 Milliarden Euro. So sollte eines klar sein: Die Energiewende ist und bleibt unbezahlbar. Sie kostet den Steuerzahler bis 2030 bis zu 385 Milliarden Euro. Das sind 9.100 Euro pro Haushalt. Ich glaube, jeder Haushalt könnte mit 9.100 Euro wesentlich Sinnvollereres anfangen. Bayern droht eine Energiekrise. Das sagt sogar das Ifo-Institut. Das Ifo-In-

stitut warnt: Ohne Kurswechsel droht in Bayern bis 2040 eine Lücke von 8 Gigawatt, und das wäre die Hälfte unserer Spitzenlast. Somit ist unsere Antwort ganz klar: Wir brauchen einen bezahlbaren und stabilen Energiemix. Das bedeutet für die AfD Kernkraft, Erdgas, natürlich auch erneuerbare Energien, aber in einem sinnvollen Verhältnis, und vor allem eine Bürgerbeteiligung statt Planwirtschaft. Also möchten wir nicht zulassen, dass Ideologie unser Land weiter dominiert. Wir möchten den Menschen für eine sichere, freie und bezahlbare Energiezukunft in Bayern die Kontrolle zurückgeben.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Martin Mittag für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe selten so viele Falschaussagen in der Aussprache über einen Antrag der AfD gehört wie jetzt gerade. Die Krönung war, dass wir die Windkraft zur Hauptenergiequelle machen wollten. Da sieht man einmal, um was es am Schluss wirklich geht. Auch an diesem Antrag zeigt sich wieder nur die ewig gestrige Haltung und die ewig gestrige Art der Politik der Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen. Er zeigt aber noch viel mehr: nämlich keine Lösungen, sondern ein Festhalten an Zuständen oder am besten noch ein Zurückkehren in Zeiten, die wir alle nicht mehr wollen. Der Antrag zeigt keine Offenheit, sondern Verbot und Verbohrtheit. Er zeigt keinen Versuch, die Menschen mitzunehmen, sondern er versucht, sie bewusst in Unsicherheit zu halten. Die AfD scheint kein Interesse daran zu haben, Herausforderungen anzugehen, sondern will lieber mit Weltuntergangsszenarien die Stimmung aufhetzen.

(Matthias Vogler (AfD): So ein Schmarrn!)

Der Antrag zeigt keinen Ansatz, Sorgen und Probleme der Menschen wahrzunehmen und sie mit positiven Ergebnissen anzugehen, sondern zeigt den Ansatz, lieber ideenlos

(Lachen bei der AfD)

in Jammern und Selbstmitleid zu verfallen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antragsteller wollen die Angst der Menschen aufrecht- und hochhalten. Sie wollen eine empfundene Ohnmacht und Ungerechtigkeit als Instrument für Hetze und sogar für Hassparolen instrumentalisieren.

Das wollen wir nicht, und das machen wir auch nicht mit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Wissen über dieses Verhalten wäre eigentlich schon Grund genug, den Antrag abzulehnen; aber da das Thema im Wirtschaftsausschuss schon diskutiert und zu Recht einstimmig abgelehnt worden ist, muss man einfach wieder einmal mehr die Frage stellen – und ich glaube, viele Kolleginnen und Kollegen stellen sich bei einigen dieser Dringlichkeitsanträge, die von dieser Fraktion kommen, heute diese Frage –, was das überhaupt soll. Ich kann eines sicher sagen: Dieser Antrag wird weder besser noch richtiger noch zustimmungsfähiger, bloß weil er jetzt ins Plenum hochgezogen wird. Deswegen bleibt er für uns natürlich weiterhin abzulehnen.

Wer sagt, dass Energie ein wichtiges Thema ist, hat erst einmal recht; wer aber sagt, dass Energie ein wichtiges Thema ist, und gleichzeitig nicht versucht, für einen sinnvollen Mix in der Energieerzeugung offen zu sein, wird unser Land weder wirtschaftlich unabhängiger machen noch mittel- und langfristig Perspektiven für die Bürgerinnen und Bürger im Privaten und

(Widerspruch bei der AfD)

für die Unternehmen und unsere Wirtschaft schaffen und sie in eine positive Zukunft richten.

(Zuruf)

Unsere Politik folgt nicht dem Sankt-Florians-Prinzip und lautet auch nicht: "Wasch mich, aber mach mich nicht nass." Es gilt, Mehrwerte zu finden, diese aufzuzeigen und dafür zu sorgen, dass sie auch tatsächlich ankommen, und zwar sowohl im Großen, bei den Unternehmen, als auch bei jedem Einzelnen. Verbote und ideologische Haltungen, egal von welcher Seite sie kommen, werden unserem schönen Freistaat schaden. Bayern ist nicht so erfolgreich und gut aufgestellt, weil solche Haltungen übernommen worden sind, sondern weil wir Politik mit Weitblick, mit Herz für die Menschen gemacht haben.

(Lachen bei der AfD)

Das war so, und das wird in Zukunft so bleiben. Wir lehnen diesen sinnfreien Antrag ab, und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Laura Weber für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort, bitte.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Danke, Kollege Mittag – da ist er –, viel ist schon gesagt, was ich vielleicht noch ergänze: Ich finde, es ist eine Frechheit, was diesem Hohen Haus angetan wird.

(Lachen bei der AfD)

Über die Anträge wurde, wie gesagt, schon viel gesprochen; aber das, finde ich, ist jetzt die absolute Höhe. Vor einer Woche haben wir schon darüber geredet. Das ist wieder genau der gleiche Schmarrn, und das ist einfach eine Frechheit.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Aber gut, jetzt stehe ich schon einmal da. Vielleicht greifen Sie sich Stift und Zettel, damit Sie auch einfach einmal etwas behalten und wir dann nicht schon wieder nächste oder übernächste Woche über Ihren Antrag reden.

Ich gebe Ihnen eine kleine Nachhilfestunde in Verfassungsrecht: Ein pauschales Verbot von Windkraftanlagen im Staats- oder Privatwald geht verfassungsrechtlich schlicht und einfach nicht. Das steht schon einmal fest. Das Bundesverfassungsgericht hat das Thüringer Waldgesetz 2022 deshalb als verfassungswidrig einkassiert. Es verweist dabei auf Artikel 20a des Grundgesetzes. Wir leben in einem Rechtsstaat. Vielleicht schreiben Sie sich das auch gleich dazu. Der Ausbau der Nutzung der Windkraft leistet einen faktisch unverzichtbaren Beitrag zu der verfassungsrechtlich durch Artikel 20a des Grundgesetzes und durch grundrechtliche Schutzpflichten gebotenen Begrenzung des Klimawandels und unterstützt zugleich die derzeit besonders gefährdete Sicherung der Energieversorgung.

Von dem Weiteren verschone ich euch jetzt. Es geht noch darum, dass die Länder natürlich Kompetenzen haben, für sich einzuschätzen, wo vielleicht trotzdem keine Windkraftanlagen gebaut werden sollten. Daran sieht man: Es ist also alles bestens geregelt. Jetzt geht es um die Umsetzung. Gerade in Bayern ist in Sachen Windenergie natürlich noch viel möglich. Erneuerbare Energien bedeuten Wertschöpfung vor Ort, vor allem mit Bürgerbeteiligung vor Ort. Da haben wir ein grünes Bürgerbeteiligungsgebot eingeführt. Davon profitieren alle Bürgerinnen und Bürger. Es ist eine unabhängige, sichere, saubere und die kostengünstigste Stromversorgung, die man sich vorstellen kann, was sich auch schon im Strompreis niederschlägt. Bitte recherchieren Sie in Zukunft besser.

Die AfD will nichts anderes, als Deutschland wieder in diese Abhängigkeiten und in die Fänge Putins zurückzuführen. Nichts anderes sehe ich in Ihrer Agenda. Darauf zielt dieser Antrag ab, und deshalb lehnen wir ihn klar ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Martin Huber für die AfD-Fraktion das Wort.

Martin Huber (AfD): Frau Kollegin, wenn eine Partei wie die AfD Bedenken hat, dass man landschaftsprägende Windräder baut, dann sagen Sie, das sei absurd. Sie müssen sich einmal vorstellen, wir sind in Deutschland das Urlaubsland Nummer eins. Jetzt möchten Sie Hunderte Windräder bauen. Früher hat man sie mit 80 Meter Höhe gebaut, jetzt werden sie schon mit 240 Meter gebaut. Haben Sie gar keine Ahnung – ich frage Sie das jetzt einmal –, dass da gesagt wird: Mensch, die Windräder, die sind landschaftsprägend, unser schönes Bayernland wird zerstört?

Und dann der Wald!

(Florian von Brunn (SPD): Mit der AfD kommen wir in den Wald!)

Der Wald ist schützenswert; man kann da verschiedener Meinung sein. Aber dass der Wald gerodet werden muss! Sie sagen, das sei Blödsinn, das sei abartig. Oder wie haben Sie das formuliert? – Also, die Leute haben Angst.

Erstens. Ob es Infraschall gibt oder nicht. – Das leugnen Sie auch.

Zweitens. Wenn es in der Nähe ist, dann ist das eine Grundrenteignung. Das heißt, Sie können Ihr Haus überhaupt nicht mehr verkaufen.

Jetzt baut ihr die Windräder in den Wald. Wenn man dagegen Bedenken hat, dann wird das damit abgetan: Der Antrag gehört eigentlich gar nicht hierher.

Also, Leute, noch einmal:

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Martin Huber (AfD): Viele Leute haben Bedenken. Die darf man nicht so abkanzeln.

Laura Weber (GRÜNE): Die Zeit ist um.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Laura Weber (GRÜNE): Also, wenn Sie Ihre Fake News, Ihren Hass, Ihre Hetze Bedenken nennen, dann haben Sie wirklich ein Problem mit der Einschätzung Ihrer Persönlichkeit. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Reiner Populismus, was Sie da machen! – Toni Schuberl (GRÜNE): Selbsterkenntnis ist der erste Weg ... !)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag wurde bereits am 7. November 2024 vom federführenden Ausschuss zu Recht einstimmig abgelehnt. Nach der heutigen Aussprache ergibt sich für uns FREIE WÄHLER kein Grund, von diesem Votum abzuweichen.

Ich kann mich hierzu nur wiederholen: Die Forderungen und Vorstellungen der AfD sind völlig realitätsfremd, absurd und aus der Zeit gefallen. Und ich sage Ihnen auch, warum.

Grundsätzlich ist für uns der weitere konsequente Ausbau aller erneuerbaren Energien einfach unerlässlich, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Das haben wir in der Bayerischen Erneuerbare-Energien-Strategie auch so verankert. Die Bayerische Staatsregierung richtet ihren Fokus dabei auf sämtliche sinnvoll hebbaren Potenziale der Energiewende und der erneuerbaren Energien und auf deren Systemverträglichkeit beim Ausbau, nämlich auf einen ausgewogenen Mix aus Solar-, Wind-, Bioenergie, aus Wasserkraft und Geothermie.

Explizit die Windenergie, die Sie anzweifeln, ist eine sichere, klimaneutrale, emissionsfreie Form der Energieerzeugung mit geringer CO₂-Belastung bei Herstellung und Material.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Märchenstunde!)

Windräder haben den vergleichsweise geringsten Flächenbedarf bei gleichzeitig hoher Energieerzeugung. Sie spielen eben auch in waldreichen Gegenden eine wichtige Rolle.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das glauben Sie doch selber nicht! Ein Atomkraftwerk ersetzt in Bayern 3.000 Windräder!)

– Hören Sie zu, dann lernen Sie vielleicht noch etwas daraus.

Ebenso – auch da darf ich Sie beruhigen – wie beim Offenland werden natürlich auch bei Windenergievorhaben im Wald die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Landschaft durchaus geprüft und unvermeidbare Eingriffe ausgeglichen.

Durch die Abschaffung der sogenannten Kommunalklausel gelten nun gleiche Regeln innerhalb wie außerhalb des Staatswaldes, und somit besteht anderen Waldbesitzern gegenüber auch kein Wettbewerbsnachteil mehr. Sie sehen, Wind im Wald und Klimaschutz gehen bei uns Hand in Hand.

Meine Damen und Herren, der Ausbau der Windkraft dient dem überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit. Die Forderungen der AfD nach Abschaffung des Wind-an-Land-Gesetzes und Teilen des EEG sind für unsere Koalition somit völlig abwegig, ebenso die Wiedereinführung von 10 H, die Sie fordern. – Welch eine Torheit! Diese Regelung ist ja im November 2022 auf unsere Initiative hin gerade deshalb angepasst worden, um mehr geeignete Flächen für Windanlagen zu generieren.

Zum Abschluss noch ein Wort zum Thema Bürgerentscheide: Bürgerentscheide sind entgegen Ihrer Auffassung nach wie vor zulässig. Mit diesem für uns wesentlichen Instrument haben die Gemeindebürger weiterhin eigeninitiativ die Möglichkeit, den kommunalen Willen bei gemeindlichen Angelegenheiten mitzubestimmen. Unserer Bayrischen Staatsregierung ist es wichtig, dass der Ausbau von Windenergie im Dialog mit den Kommunen, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erfolgt – und eben nicht gegen deren Willen. Es gab hier im Landtag bereits eine Erste Lesung, um die Teilhabemöglichkeiten zu verbessern.

Wir wollen die Einführung einer verpflichtenden Bürger- und Gemeindebeteiligung an Wind- und PV-Freiflächenanlagen gesetzlich realisieren und somit auch die Akzeptanz an der Energiewende steigern. Meine Damen und Herren von der AfD, genau das ist der Ausdruck einer vorbildlichen, direktdemokratischen Haltung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie von der AfD lehnen die erneuerbaren Energien aber ab. Sie fordern die Rückkehr zur Atomkraft. Sie leugnen den Klimawandel generell. Das ist fatal und hinsichtlich der Klimaschutzziele eine völlig wahnwitzige Gegenposition zu einer europaweiten fundamentalen Überzeugung. Sie von der AfD sind da auf einem völligen Irrweg und haben mit Ihrem Antrag diese Aussage wieder einmal bewiesen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag auch ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Abgeordneten Johannes Meier, AfD-Fraktion, das Wort. Bitte.

Johannes Meier (AfD): Werter Herr Kollege Ludwig, erst einmal finde ich es bemerkenswert, dass man mittlerweile auch schon als Politiker, der sich für eine grundlastfhige Energieversorgung einsetzt, extremistische Züge unterstellt bekommt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Haben Sie auch!)

Die zweite, die generelle Frage, die ich an Sie stellen möchte: Gerade die FREIE WÄHLER sind nicht gerade dafür bekannt – das mag von der CSU vielleicht langsam ein bisschen abfärben –, eine Meinung zu haben und bei dieser zu bleiben.

Wir haben im letzten Plenum von Vertretern Ihrer Fraktion schon gehört: pro Kernkraft. Der nächste war wieder gegen die Kernkraft. Staatsminister Aiwanger war letztens in unserem Ausschuss; ihm wurde von den GRÜNEN und der SPD wegen seiner Ansichten zur Energiepolitik schon AfD-Nähe zugesprochen.

Jetzt würde ich gerne einmal wissen: Stehen Sie zur Kernkraft, oder wie beschließen Sie, FREIE WÄHLER, eigentlich Ihren Kurs in der Energiepolitik? – Hat ja doch jeder eine andere Meinung.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Herr Kollege Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, ich müsste Ihnen eigentlich alleine auf Ihre Ansage, dass wir extremistische Züge annehmen würden, überhaupt keine Antwort mehr geben.

(Zurufe von der AfD)

Wenn Sie nicht nur die letzten Monate, sondern die letzten Jahre unsere Diskussionen zum Thema Kernenergie verfolgt hätten, dann wüssten Sie, dass wir uns – gerade in der Zeit der Energiekrise – temporär für die Atomkraft ausgesprochen haben.

(Benjamin Nolte (AfD): Bis nächste Woche, oder?)

Aber die ideologische Ampel-Politik in Berlin hat der Kernkraft nun den Garaus gemacht. Das ist für uns unumkehrbar. Wir haben uns bereits 2011 zum grundsätzlichen

Ausstieg zur Kernkraft bekannt. Er ist zu früh gekommen. Für uns ist das aber kein Thema mehr. – Das ist unsere Haltung, und dazu stehen wir auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Was für ein Rumgeeiere!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt noch die Kollegin Christiane Feichtmeier. Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Antrag der AfD erleben wir heute den Versuch, die Energiewende zu diskreditieren und wissenschaftliche Fakten zu verdrehen.

(Beifall bei der SPD)

Unter dem Deckmantel von Demokratie und Naturschutz werden hier gezielt Ängste geschürt und Fortschritt blockiert. Doch als SPD-Fraktion sagen wir klar: Diesen rückwärtsgewandten Ansätzen erteilen wir eine entschiedene Absage.

(Beifall bei der SPD)

Erstens. Die Klimakrise ist real, menschengemacht, und sie erfordert entschlossenes Handeln. Der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Windkraft, ist eine tragende Säule für eine nachhaltige Energieversorgung. Die AfD hingegen will die Energiewende ausbremsen, indem sie den Ausbau der Windkraft weiter erschwert und stattdessen auf fossile und nukleare Energien setzt. Das ist nicht nur energiepolitisch unverantwortlich, sondern auch ökonomisch kurzsichtig. Während andere Länder längst in die Zukunft investieren, will die AfD Bayern in die energiepolitische Steinzeit zurückführen.

Zweitens. Der Antrag spricht von "Flächenfraß" durch die Windkraft. Lassen Sie uns kurz die Fakten betrachten: Der Flächenbedarf von Windkraftanlagen ist im Vergleich

zu dem von fossilen Kraftwerken und der damit verbundenen Infrastruktur verschwindend gering. Zudem werden Flächen in Wäldern oft so genutzt, dass Ökosysteme nicht signifikant beeinträchtigt werden, sondern sogar davon profitieren. Aber das interessiert die AfD nicht; denn in ihrem Antrag geht es nicht um Naturschutz, sondern um ideologischen Kampf gegen erneuerbare Energien.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Auch die Forderung nach mehr direkter Demokratie in der Energiepolitik ist nichts weiter als ein taktischer Schachzug. Direkte Bürgerbeteiligung ist wichtig. Doch die AfD nutzt dieses Argument nur selektiv, nämlich dann, wenn es ihr politisch in den Kram passt. Bei anderen Themen wie Klimaschutzmaßnahmen oder sozialer Gerechtigkeit bleibt ihr Demokratieverständnis oft auf der Strecke.

Wir stehen für eine echte, konstruktive Bürgerbeteiligung. Aber wir werden nicht zulassen, dass demokratische Prozesse missbraucht werden, um den Klimaschutz zu blockieren. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag entschieden ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.